

Berliner Volkszeitung

Der Bierkrieg.

Ein Wort zum Frieden!

Wegen die Bierpreiserhöhung, deren Durchführung die Großbrauereien versuchen, wird fast überall kräftige und bis jetzt auch wirksame Opposition gemacht. Vor allem ist die Arbeiterbevölkerung in den Industriegebieten und in den Großstädten, die durch direkten Verkauf respektive durch mittelbare Einschränkung des Biergenusses die Brauereien zur Rückgabe zu den alten oder doch zu niedrigeren Preisen nötigen will. Besonders ist die Bewegung gegen die Bierpreiserhöhung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet von einer Intensität, die die Brauereien schon veranlaßt, mit den örtlichen Organisationen der Arbeiter und mit den Arbeitervereinigungen in Verbindung zu treten, um mit ihnen zu einer Einigung zu gelangen. Sehr zu staten kommt der Arbeiterbevölkerung, daß ihre Organisationen sich der Frage der Bierpreiserhöhung annehmen. Auch in den Schichten des Handwerks, in der Beamtenklasse, in Kleinbürgerlichen Kreisen wird die Bewegung gegen alle diese Bierpreise mitgeteilt, während in den Kreisen, also hier, wo die Rolle spielt, der Sinn für die Bewegung gegen die erhöhten Bierpreise völlig fehlt. Doch liegt der Schwerpunkt des Kampfes zweifellos bei der Arbeiterbevölkerung, ganz einfach aus dem Grunde, weil ihr Bierkonsum am stärksten ins Gewicht fällt. Wenn man erwägt, was täglich auf Barmen und in Barmen an Bier umgesetzt wird, und daß gerade hier infolge der Bierpreiserhöhung das Bier durch Milch, Kaffee, Limonade etc. ersetzt wird, so kann man es verstehen, wenn heute schon die Brauereien für ihren Abfall ersichtlich Besorgnisse hegen.

Schwerer wird den Großbrauereien ihre Position auch dadurch, daß keineswegs alle Brauereien die von den Verbänden jeweilig beschlossene Preiserhöhung mitmachen. Aber selbst wenn man diese Außenreiter als belanglos ignoriert, dürfte, so ist man sich doch selbst dadurch sehr hundertfach, daß die beschlossenen Preiserhöhungen zu geringe sind, um die Wirtschaftslage zu zeigen, die zum Teil durch die Beschaffenheit der Gesteinsofen in den einzelnen Bezirken begründet sind, die aber doch die Wirtin und die Konsumenten zu Vergleichs- und zu Schlußfolgerungen über die Allgemeinheit der beschlossenen Erhöhungen anregen. Durch diese Vergleiche haben sich auch einige Brauerverbände veranlaßt gesehen, von dem erst angeführten Preisauflage abzugehen und sich mit einem niedrigeren zu begnügen.

Eigenartig ist in dem ganzen Bierkrieg die Stellung der Wirtin. Wie sie ihrem ganzen Verufe nach zwischen Brauer und Biertrinker stehen, so ist auch im gegenwärtigen Kampfe ihre Haltung nicht einseitig. Doch, wo sie in flackernder Abhängigkeit von den Brauereien stehen, was selber bei nur zu vielen Wirtin zu ihrem Schaden der Fall ist, werden sie genötigt, die Bierpreiserhöhung mitzumachen, weil vieleorts mit dem Erlöse, daß ihre Lokale weit weniger besucht wurden als vorher. Denn es ist den Großbrauereien nicht gelungen, auch die Wirtin unter den Wirtin, unerschütterlich zu machen. Ganz im Gegenteil können deren Geschäfte gerade augenblicklich besonders dort auf, wo der größere Teil der Wirtin die Bierpreiserhöhung durchzuführen mußte. Es fehlt ihnen auch nicht an Vereinfachungen, die sie ihnen das Bier zu liefern, daß sie es zu den bisherigen Preisen ausgeben können. Ein anderer Teil der Wirtin und zwar soweit sich überleben läßt, der größere, hat sich von dem Einflusse der Brauereien emancipiert und nimmt freierfüßiger und selbständigerweise mit den Konsumenten gegen die Brauereien Stellung. Namentlich in den größten Städten gehen Wirtin und Wirtin zusammen gegen die erhöhten Bierpreise vor.

Ein Unterschied stellt übrigens zwischen den beiden Bundesgenossen. Die Wirtin sieht gegen eine Bierpreiserhöhung an sich, sie studiert sich nur gegen einen Aufschlag, der in gar keinem Verhältnis zur Belastung aus der neuen Waackener steht. Dagegen hat sich in einem großen Teil der Wirtin schon der Schein herausgestellt, daß überhaupt keine Verteuerung des Bieres eintreten dürfte. Dieser Standpunkt ist ebensol unzulässig wie der anfängliche Standpunkt der Brauereien, aber die Verteuerung hinaus ist eine Verteuerung des Bieres vorzunehmen. Ganz ohne Voraussicht für das konsumierende Publikum kann es nicht abgehen, vorausgesetzt, daß das Bier sich qualitativ nicht sehr merklich verschlechtert soll. Aber vorwiegend liegen die Bedenken nicht auf dem Preisgesichtspunkt, sondern auf dem, daß die Wirtin erst einsehen muß, wie verkehrt ihre eigenmächtige und überhandnante Preispolitik war. Sie schneiden sich, wie wir immer wieder betont haben, bei einer zähen Durchführung dieser Politik in eigene Fesseln. Sie werden schließlich mit ihrer Erhöhung, daß das jährliche Vorgehen der Wirtin zu unangenehmen Abenteuern in den Brauereien geworden führen müßte, kann einem nachfolgenden Versuch auf die Wohltohung ausweichen. Denn erstens dauert es noch einige Zeit, bis diese angebotenen Entlastungen verteilt werden, und zweitens liegt es nicht in der Absicht der Brauereien, länger Inhaltlichkeit zu üben, als es unbedingt durch die Haltung der Brauereien nötig ist. Sobald diese Entgegenkommen zeigen und die Bierpreiserhöhung insofern zurücknehmen als sie nicht durch die neue Steuererhöhung begründet ist, sobald wird auch auf der anderen Seite bei den Konsumenten und bei den Wirtin der Boden für eine Verständigung gegeben sein. Je früher und rascher diese erfolgt, desto weniger wird der Abfall der Brauereien zu leiden haben.

Zweiterband, 2. September. Der teilsweise Hofzug traf heute um 7 1/2 Uhr hier ein. Der Kaiser bog sich sofort an Bord des „Sachsenpolster“. Diese hat begleitet von dem „Steinbock“ um 9 Uhr den Hafen verlassen und sich zu der auf dem See liegenden Wandraufschiffe begeben.

Die Erhöhung der Zigarettensteuer

scheint einen ähnlichen Kampf zwischen Zigarettenhändlern und -fabrikanten herbeizuführen, wie er schon vor drei Jahren bei der Einführung der Zigarettenabgabe zu verdeutlichen war. Die Fabrikanten wollen die Steuererhöhung und noch mehr auf die Händler und die Konsumenten abwälzen, während die Händler eine Erhöhung der Kleinverkaufspreise für undurchführbar halten und sich deshalb gegen die von den Fabrikanten beschlossene Preiserhöhung wehren.

Der Deutsche Zigarettenhändlerverein, der Verein aller Tabakfabrikanten und der Berliner Ortsverein der Hamburger Tabakhändlerorganisation hatten zu gestern Abend eine **Protokollversammlung der Zigarettenhändler Berlins** und der Umgegend nach Freiers Gesetzen, Kassenstrasse einberufen, um gegen die von den Fabrikanten beabsichtigte Abwälzung der Zigarettensteuererhöhung auf die Händler Einspruch zu erheben. Es wird uns darüber berichtet:

Der Vorsitzende des Zigarettenhändlervereins, Herr Straßer, führte als Referent aus, die Händlerorganisation hätten gleich nach dem Beschluß der Steuererhöhung der Fabrikantenorganisation Verhandlungen über die Abwälzungsfrage angesetzt. Diese Organisation habe aber die Händler hingehalten und dann auf ihrer Sitzung in Dresden selbstständig die Abwälzung der Steuererhöhung auf die Händler beschlossen. Die von den Fabrikanten beschlossene Preiserhöhung sei um so weniger gerechtfertigt, als sie bei den Zigarettenorten von 1 bis 3 Pfennig das Doppelte der wirklichen Steuererhöhung betrage. Nur bei den teureren Sorten, wo mit der anfänglichen Konsumtion zu rechnen sei, hätten die Fabrikanten Lebensenergie aufgeschlagen. Der Verkauf der billigeren Sorten sei aber gerade der Lebensnerv des Zigarettengeschäftes. Wenn die Fabrikanten den Preisauflage über die Steuer hinaus mit der Erhöhung der Rohstoffpreise begründen, so müsse ein solches Argument zurückgewiesen werden. Das Publikum würde es nicht verstehen, wenn die Steuererhöhung ganz ausgenutzt wird, um andere Erhöhungen der Betriebskosten auszugleichen. Zufällig seien auch die Fabrikanten sehr wohl in der Lage, die Steuererhöhung selbst zu tragen. Seit Einführung der Wabereis im Jahre 1906 ließen verschiedene Fabrikanten gewisse Zigarettenorten still mit dem Handel und der Wabereis herstellen, was eine ganz erhebliche Verschmälerung des Betriebes herbeiführte. Dem Rat mancher Fabrikanten, die Händler möchten doch die Preiserhöhung durch höhere Kleinverkaufspreise auf das Publikum abwälzen, könne man nicht folgen. Der Protest des Publikums würde bei einer solchen Maßnahme noch stärker sein als bei der Bierpreiserhöhung. Der durch die Steuererhöhung bedingte Preisauflage betrage bei der 2 Pfennig-Zigarette 1/2, bei der 3 Pfennig-Zigarette 1/3 Pfennig. Die Händler müßten aber bei einer Preiserhöhung mindestens 1/2 Pfennig mehr nehmen, und das würde das Publikum als eine unerbittliche Erhöhung empfinden.

Der Redner gab der Hoffnung Ausdruck, daß die in Dresden gefaßten Beschlüsse von den Fabrikanten selbst nicht aufrecht erhalten werden. Beschlüsse, die sich gegen die Erhöhung der Zigaretten erheben, würden sich auf die Unterdrückung des kassierten Publikums wenden können. Es sei aber zu wünschen, daß neue Verhandlungen zwischen den Organisationen der Händler und Fabrikanten eine Verständigung herbeiführen, die einen solchen Kampf unnötig macht.

Ein Zigarettenkrieg nicht scheuen.

Die Händlerklasse ist jetzt besser organisiert als vor drei Jahren, und bei einem Kampf, der sich gegen die Preiserhöhung der Zigaretten erheben, würden sie auch auf die Unterdrückung des kassierten Publikums wenden können. Es sei aber zu wünschen, daß neue Verhandlungen zwischen den Organisationen der Händler und Fabrikanten eine Verständigung herbeiführen, die einen solchen Kampf unnötig macht.

Nach kurzer Debatte wurde von der Versammlung einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Die öffentliche Versammlung der Zigarettenhändler Berlins und Umgegend erklärt, den Beschlüssen des außerordentlichen Verbandstages der Zigarettenhändler in Dresden, betreffend die durch das neue Zigarettensteuergesetz bedingte Erhöhung der Wabereispreise auf die Händler abzuwälzen, sogar noch über die Steuererhöhung hinausgehende Preisauflage zu fordern, ihre Zustimmung verweigern zu müssen. Die heutige Versammlung stellt auf dem Standpunkt, daß die Steuererhöhung in billigen Preislagen nicht auf die Konsumenten abgewälzt werden kann, also gegebenenfalls die Händlerklasse wieder wie vor drei Jahren die gleiche Preiserhöhung infolge der Steuer und noch mehr tragen müßte. Die Versammlung erwartet von der Industrie, daß den durch das beschlossene Wabereis der Händlerklasse Bedenken getragen wird, um so mehr, als die Industrie auch unter Verhältnissen noch in der Lage ist, die durch die neue Steuer bedingte Erhöhung selbst tragen zu können. Die Versammlung wünscht die Organisationsvorstände, weitere Verhandlungen mit der Zigarettenindustrie zu führen und erwartet einen gedeihlichen Abschluß derselben.“

Die bedorzugten Damen.

Schon seit Ende des Jahres 1908 berechtigt das Abgangszeugnis des höheren Lehrcurses an Universitäten (wohingegen Lehrcurriculum zur vollständigen Immatrikulation auf den Universitäten (auch in Preußen). Die „höheren Lehrcurriculum“ werden zu der Prüfung für das höhere Lehramt (pro fakultate doendi) zugelassen, wenn sie wenigstens zwei Jahre an höheren Mädchenschulen voll beschäftigt waren und dann sechs Semester an einer deutschen Universität studiert haben. Viele von diesen Lehrcurriculum haben sich auch bereits dem Universitätsstudium zugewandt.

Das Zeugnis für höhere Schulen können aber auch Volksschullehrerinnen erwerben, indem sie die volle Prüfung für Lehrcurriculum an höheren Schulen oder die Prüfung für Lehrer an Mittelschulen ablegen. (Von den bis zum Jahre 1912 geltenden Lehrcurriculumbestimmungen leben wir ganz ab.) Note: Die Volksschullehrerinnen besteht die Prüfung für Lehrer an Mittelschulen, läßt sich auf der Universität im-

matriculieren und wird zur Prüfung für das höhere Lehramt zugelassen: Warum läßt man denselben Weg nicht auch für Volksschullehrer zu? Wo bleibt die Konsequenz?

Über warum geht man in Preußen nicht den Weg, der sich in anderen deutschen Staaten bewährt hat: der Volksschullehrer überhaup unter gewissen Voraussetzungen die Universität zu öffnen? Man „fürchte“ nicht, daß gleich 80.000 preussische Volksschullehrer die Universitäten überflutet werden! Es wird immer nur eine an Zahl geringe Anzahl bleiben, die diesen Weg geht. Aber die Berechtigung fordert, daß man den Volksschullehrern das nicht verweigert, was man der Volksschullehrerinnen gewährt hat. Bisher haben selbst die extremsten Preußerichterinnen nur die Gleichberechtigung mit den Männern verlangt. Daß den Damen sogar eine Examina erteilt werden, daß ihnen gegenüber den Männern ohne jezt Gebrauch eine bevorzugte Stellung eingeräumt wird, muß die benachteiligten und zurückgebliebenen Lehrer durchaus mit Enttäuschung erfüllen.

Dr. Cooks Nordpolexpedition.

Die das allgemeine Interesse erregende Meldung, der amerikanische Forscher Dr. Cook habe den Nordpol entdeckt, bedarf immer noch der Bestätigung. Diese wird erst gegeben werden können, wenn der Dampfer „Hans Egede“ mit Dr. Cook an Bord in Robbenlagen eingetroffen sein wird, was man für Sonntag erwartet. Bis dahin ist einige Zurückhaltung angebracht. Der jetzt in der Welt durchdrungen am Plage. Auch in den Vereinigten Staaten soll man noch nicht so recht an das Ereignis glauben. Die „Frank. Ztg.“ erklärt, wie aus dem Telegramm selbst aus New-York:

Die hiesige Presse hält die Meldungen von Cooks Vorbringen zum Nordpol noch nicht für ganz sicher. Cook habe seine Freunde, daß er gesund sei, erwähnt aber nichts, daß er den Nordpol erreicht hat.

Den Nordpol erreicht

„New-York Herald“ veröffentlicht folgende Nachricht: Dr. Cook über seine Nordpolreise telegraphisch erhalten hat. Cook erkundigt darin, daß er nach langem beschwerlichen Kampfe gegen Hunger und Kälte

hat. Wir haben, so heißt es in dem Bericht, einen neuen Weg, ein sehr wichtiges Gebiet entdeckt, das das Nordgebiet der Welt wie der europäischen Länder erweitert wird. Wir entdecken ein Land, das die Welt, die den nördlichsten Teil der Erde bilden. Wir haben dreißig Quadratkilometer neues Land entdeckt. Die Stadt wird von der Entdeckung Cooks hat in den Vereinigten Staaten große Begeisterung hervorgerufen.

Cook sandte folgendes Telegramm an seine Frau nach Brooklyn: „Ich bin erfolgreich, werde meine Waise nach Robbenlagen senden.“

In Robbenlagen teilte der Konsolidationsdirektor Hübner dem Vertreter des „Berl. Tagbl.“ folgendes mit: „Von den beiden bei der dänischen Konsolidationsverwaltung eingegangenen aufsehenerregenden Telegrammen ist das erste um 10 1/2 Uhr, das zweite um 11 Uhr in Berlin angekommen. Das erste Telegramm ist vom Kapitän Kohler von dem dänischen Konsolidationsdirektor „Hans Egede“ das zweite von dem Inspektor der Kolonie Nordgrönland und unterzeichnet. Beide Telegramme sind sehr kurz gehalten, stimmen aber darin überein, daß Dr. Cook den Nordpol erreicht hat.“ Der Konsolidationsdirektor selbst legt keinen Zweifel in die Wahrheit dieser Nachrichten. Hiernach ist Dr. Cook mit seinen Begleitern, einem zweiten Amerikaner und drei Eskimoes „Kap Horken“ im Mai 1909 in der nördlichsten dänischen Kolonie, die Insel Upernivik eingetroffen. Der Hans Knud Rasmussen, der an der Expedition teilgenommen hat, teilte mit sich, daß er die Errichtung einer Wirtinstation in Kap York aufhält, hat dem nordgrönländischen Konsolidationsdirektor gegenüber dessen Telegramm zufolge erklärt, daß er, Rasmussen, von dem Kap Horken die Wichtigkeit der Wichtigkeit der Meldung erhalten habe.

Dr. Frederik A. Cook

hat sich schon öfter als ein äußerst energischer, zu höchster Ausdauer fähiger Mann erwiesen. Er hat zweimal an Pearys berühmten Expeditionen teilgenommen, ebenso in den Jahren 1897 bis 1899 an der belgischen Südpolexpedition und sich dann einen besonderen Namen durch die äußerst schwierige Befreiung des Mount Mac Kinley in Alaska erworben. Von ihm ging auch die Anregung aus, das Automobil in den Dienst der Polarforschung zu stellen. Sein Familienname soll eigentlich Koch heißen, und der Name Cook soll erst in Alaska von der Familie angenommen sein. Danach wäre der Entdecker also deutscher Abstammung.

Über die Expedition Cooks hat man nur wenig gehört. In letzter Zeit trafen so gut wie gar keine Nachrichten über die Entdeckung der Cookschen Entdeckung ein, so daß man über ihre Einzelheiten bis jetzt wenig weiß. Man kann vermuten, daß Cook auf dem Wege Pearys über die Affinssab vorübergegangen ist. Der Ort Upernivik, von dem im Telegramm die Rede ist, ist eine dänische Kolonie, die an der Westküste Grönlands liegt.

Die Heimfahrt des „3 III“.

Über die Abfahrt des Ostpreuzers „3 III“ am gestrigen Abend von der Landungsstelle bei Utsjok liegt noch die folgende ausführliche Meldung vor:

Am 19. Uhr pünktlich hatte sich die Besatzungsmannschaft des Ostpreuzers wieder bei dem Aufschiff eingeklinkt. Von 10 1/2 Uhr an wurden die Motore ausprobiert und erproben, daß sie gut funktionierten. Um 10 1/2 Uhr erfolgte das erste Kommando „Ankerten“ und der Ostpreuzer „Ausweichen“. Nach etwa zehn Minuten kam die Antwort: „Aufschiff ist ausgeworfen“. Die elektrische